

VORWÄRTS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.19 1990 Preis 7,-

Solidaritätspreis 10,-

ÖVP raus

-aus der Regierung

Nach wochenlangen Spekulationen über die Vorverlegung der Nationalratswahl in den Mai hat nun Bundeskanzler und Parteivorsitzender der SPÖ -Franz Vranitzky - eingelenkt und auf eine Vorverlegung verzichtet.

Die ÖVP drängt - nicht zuletzt wegen des Imageverlustes durch die Lichal-Affäre - auf eine Beibehaltung des Wahltermins. Gleichzeitig beginnt sie aber bereits massiv mit Wahlwerbung in Form von Werbespots und Plakaten. Das widerspricht aber einem Abkommen der beiden Koalitionsparteien, den Wahlkampf möglichst kurz zu halten, um die Kosten zu reduzieren.

Eine Vorverlegung würde - so Vranitzky - einem Koalitionsbruch gleichkommen. An diese Koalition hat aber die SPÖ-Führung ihr ganzes Herz und ihre Ministerposten gehängt. Außerdem hat sie auch noch ihre Politik darauf abgestimmt. Jeder Schritt wird mit dem Gedanken "ist das der ÖVP auch recht?" -getan. Die SPÖ sieht, daß sogar ihre Stammwähler zu anderen Parteien, vor allem zur FPÖ, abwandern. Die Konsequenz -nämlich ein Rechtsruck - die sie daraus zieht, ist allerdings völlig falsch. Mit konservativer Politik wurde in den letzten Jahren keine Stimme gewonnen und das wird sich auch nicht ändern. Der Wahlsieg Lafontaines im Saarland hat wieder einmal bewiesen, daß sogar ein linkes Image bereits genügt, um den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Während die Republikaner in anderen Teilen Deutschlands Erfolg hatten, konnten sie im Saarland nicht einmal die 5% Hürde nehmen. Was für Wahlerfolge könnten mit einer sozialistischen Politik erzielt werden!

Die SPÖ hat seit Jahren verabsäumt, eine klassenkämpferische

Politik zu machen. Aber angesichts der immer dreisteren Angriffe von Unternehmerseite auf die Rechte der Arbeitnehmer ist es schon längst notwendig, daß sich die SPÖ gemeinsam mit der Gewerkschaft an die Spitze einer Bewegung gegen diese Angriffe stellt. Kein einziges der sich derzeit stellenden Probleme konnte von Unternehmerseite gelöst werden. Weder in Fragen des Umweltschutzes, der Arbeitszeit, der Arbeitslosigkeit, noch in sozialen Fragen sind "Lösungsvorschläge" gekommen, die etwas anderes berücksichtigen als ihre Gewinne. Von dieser Seite ist nichts zu erwarten!

Die SPÖ aber kann mit einem

Inhalt:

Wohnen.....	2
Bundesheer.....	4
Kirche.....	5
Polen.....	6
Rumänien.....	6
DDR.....	7
Stalinismus.....	8
Kindergärtnerinnen.....	11
Mistwirtschaft.....	12
Schweden.....	13
Handel.....	14
Brasilien.....	15
Steyrstreik.....	16

Hier wird gestreikt!

Steyr-Streik: Arbeiter wehren sich gegen Kürzungspolitik

sozialistisches Programm und einer sozialistischen Politik diese Probleme lösen. Wenn sie in den Wahlkampf mit Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, bessere Sozialleistungen, effizienter Umwelt-

schutz geht, dann ist ein großer Wahlsieg möglich. Die SPÖ darf sich nicht selbst als "Partei der Mitte" präsentieren, sondern muß klar zeigen, wessen Interessen sie vertritt und das auch in ihrer Politik verwirklichen.

P.S.: Falls die ÖVP nicht gewillt ist, eine sozialistische Politik mitzutragen, dann ist sie in der Regierung fehl am Platz.

Die Redaktion (Feb. 1990)

MENSCHENRECHT WOHNEN

Wenn man den Beteuerungen der Koalitionspartner trauen darf, so sollen bis Ende der Legislaturperiode noch einige, im Arbeitsübereinkommen genannten, Ziele verwirklicht werden. Dazu gehört auch ein neues Mietrecht.

Verschiedene Mieterorganisationen laufen gegen die Pläne der Regierung Sturm. Eine Aktionsplattform gegen Ablösen und Mietzinsswacher ruft für den 20.2.90 zu einer Demonstration auf. Aber weder von der SPÖ noch von der Österreichischen Mietervereinigung, der größten und einflußreichsten Mieterorganisation, kommen öffentlich Proteste.

Noch führen SPÖ und ÖVP unter Hinzuziehung von Experten Verhandlungen in Sachen Mietrecht. Noch sind keine Entscheidungen gefallen, aber wenn sich der Trend der letzten Jahre fortsetzt, werden mehr Markt und Deregulierung am Wohnungssektor eine massive Verschlechterung für alle Mieter bedeuten.

Bereits jetzt gibt es Wohnungsnot, die Zahl der Obdachlosen steigt und der Ablösen und Mietzinsswacher blüht. Da im Standard angehobene Wohnungen anlässlich der Neuvermietung frei vermietbar sind, führt das zu einer Verringerung der Substandardwohnungen und gleichzeitig zu einer Vertreibung und schließt die einkommensschwachen Schichten der Bevölkerung vom Wohnungsmarkt aus. Die Freigabe der Mietzinsobergrenze für Wohnungen der Kategorie A im Jahr 1986 war nur der 1. Schritt. Die ÖVP fordert den Ausstieg aus den Kategorien. Die Wohnungssituation ist bereits

jetzt unerträglich - aber dann!

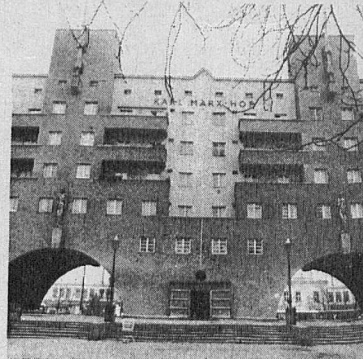
Die verschiedenen Gesetze in Sachen Mietrecht haben die Lage immens kompliziert und zu einer Verschlechterung der untragbaren Verhältnisse geführt. Das Mietrecht wird ausgehöhlt, die Mietzinsbestimmungen werden aufgeleicht, diverse Ausnahmeregelungen sichern den Profit der Vermieter. Im Falle einer Sanierung sollen neue Regelungen für die Finanzierung gefunden werden, um die Hauseigentümer zur Investition anzuregen. Ohne ins Detail zu gehen: Sanierung mit öffentlichen Mitteln, erhöhte Mietzinse und die Aussicht des Hauseigentümers auf eine marktgerechte "angemessene" Neuvermietung. Auf jeden Fall sichern die Pläne den Profit der Hauseigentümer. Die ÖVP meint, daß mehr "Wohnungsmarkt" zu einer automatischen Preisregulierung und zu einem vermehrten Angebot an Wohnungen führt. Aber die Erfahrungen mit einem "liberalen Wohnungsmarkt" in Westeuropa, besonders in der BRD, zeigen deutlich das Gegenteil. Die Hauseigentümer werden sich nur auf lukrative Wohnungen konzentrieren, Spekulationen, Ablöseswacher und Mieterschutzabbau werden das Übrige tun.

Natürlich sehen die Pläne für ein neues Mietrecht auch ein paar Verbesserungen für die Mieter vor, doch gegenüber den Verschlechterungen sind diese nicht bedeutend.

Der größte Schlag gegen den sozialen Wohnbau steht aber noch aus: die Privatisierung der Gemeindewohnungen in Wien und einiger Gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften. Für die Erhal-

tung und Sanierung der Gemeindebauten, vor allem aus den 60er und 70er Jahren braucht die Gemeinde Wien Milliarden Beträge.

Da die SPÖ-Führung, perspektivlos in der Wohnungspolitik und personell rechtsstehend, nur eine Richtung im Auge hat, überrascht nicht: Entweder man bevorzugt die offenen Privatisierung, d.h. den Verkauf der Gemeindewohnungen an die Mieter, um das Geld für die Sanierungsarbeiten aufzutreiben. Oder man bevorzugt die verschleierte Privatisierung. Die Gemeindewohnungen sollen in einen Fonds eingebracht werden, an dem sich Private beteiligen können. Die Gemeinde garantiert die Verzinsung des Kapitals (aus dem Budget). Aber dieser Weg ist sehr problematisch: falls es politisch nicht mehr möglich ist, die Zinsen aus dem Budget zu zahlen, kommt es zu drastischen Mieterhöhungen. Abge-



Karl-Marx-Hof: Beispiel für sozialistische Kommunalpolitik

sehen davon werden die Privaten bei Entscheidungen z.B. über Mieterhöhung ein gewichtiges Wort mitreden.

Die Privatisierung mittels Anteilschein am Immobilienfonds würde zu einer Besitzkonzentration in privater Hand führen. Auch Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften könnten sich in Zukunft von der Gemeinnützigkeit verabschieden, um zum interessanten Anlageprojekt für Private, Banken, Versicherungen oder das Großkapital zu werden.

Nicht ohne Grund war die Wohnungspolitik immer schon ein grundsätzlicher Teil sozialistischer Politik. Heute übt sich die SPÖ-Führung allerdings mehr in Lippenbekenntnissen. Wir müssen es offen aussprechen: Unsere Partei hat kein Wohnungsprogramm und ihre Forderungen gehen in die falsche Richtung. Auch die sozialistische Wohnungspolitik des Roten Wiens der Zwischenkriegszeit hing an der Finanzierung. Die jetzigen Konzeptionen gehen immer davon aus, das Geld bei den Mietern zu holen und die Profite den Hauseigentümern und Vermietern zukommen zu lassen. Ein anderer, sozialistischer, Ansatz ist: Wieviel haben die Hauseigentümer bereits an uns verdient? Für uns zählt das Recht des arbeitenden Menschen auf menschenwürdiges Wohnen - und nicht der Profit der Unternehmer! Die fehlenden Mittel zur Investition müssen wir uns von den Reichen und privaten Hauseigentümern holen. Natürlich kostet Wohnen etwas. Keiner weiß das besser als die Betroffenen selbst. Aber unsere Gesellschaft ist in der Lage, jeden Menschen mit einer menschenwürdigen Wohnung zu versorgen. Wir sollten die Voraussetzungen dafür erkämpfen. Jetzt ist die Gelegenheit für einen sozialistischen Wohnungspolitik!

Thomas Kerschbaum SJ 10

Daher fordern wir:

* Ausbau der Mieterschutzes
-keine Verschlechterung!

* Mietzinsobergrenzen und Preisbeschränkung für alle Wohnungen.
* Keine Privatisierung der Gemeindewohnungen und der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften.
* Stärkung der Mieterorganisationen
* Mieten dürfen nicht mehr als 20% des Nettoeinkommens ausmachen.
* Verbot des privaten Spekulantentums und des Ablöseswachers!
* Enteignung und Überführung der großen Baugesellschaften in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterverwaltung.

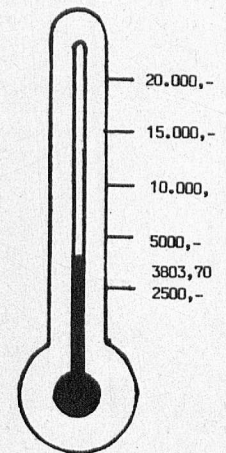
* Nicht Markt, sondern sozialistischer Plan am Wohnungssektor unter demokratischer Arbeiterverwaltung und -kontrolle!

P.S. VORWÄRTS wird weiterhin über die Entwicklungen am Wohnungssektor, im besonderen über das geplante Mietrecht, berichten. Auf Grund des Platzmangels konnte nicht auf Details eingegangen werden. Falls Ihr Fragen habt, schreibt uns bitte.

KAMPPFOND

Die derzeitige antisozialistische Medienhetze beweist einmal mehr, wie notwendig eine starke marxistische Arbeiterzeitung ist. VORWÄRTS will der Ansatz für eine solche Zeitung sein und darüber hinaus die Plattform der marxistischen Kräfte in den Arbeitermassenorganisationen SPÖ und ÖGB. Daß das Kapital kein Interesse hat, eine solche Plattform zu unterstützen, liegt auf der Hand. Daher baut VORWÄRTS auch nur auf den vielen Einzelspenden von Arbeitern und Jugendlichen auf. Unser altes Kampffondziel (1989: 10000,-) ist Dank der vielfachen Unterstützung weit übertroffen worden. So konnte ein Textverarbeitungsgerät angeschafft werden. Für das heurige Jahr haben wir uns ein Ziel von 20000,- gesetzt, um die Zeitung in jeder Hinsicht weiter auszubauen. Viele Leser haben schon einen wichtigen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels geleistet. Eine Margaretner SJlerin spendete 415,-. Andi Pittler (JG 5) gab 100,-. Gen.Kreppenhof (SPÖ 12) zahlte 40,- für ein VORWÄRTS. Durch den

Verkauf unserer Bausteine erhielten wir 439,-. Durch Bücher-tische wurden einige 100,- zum derzeitigen Stand von 3603,70 beigetragen. Unterstützt VORWÄRTS weiter aktiv und finanziell, damit wir VORWÄRTS weiter ausbauen können.



Spendenkonto
PSK 8812.733

Heer abschaffen Aber Wie?

Das österreichische Bundesheer ist bankrott. Die Zustände in den Kasernen sind katastrophal, nicht wenige Grundwehrdiener machen während des "Dienstes am Vaterland" dauerhafte Bekanntschaft mit dem Alkohol. Nach Ableisten des Grundwehrdienstes als "Systemerhalter" sehen die meisten von ihnen weniger Sinn im Bundesheer als vorher.

Die im April in Kraft tretenden Verbesserungen (5-Tage-Woche für Soldaten, 55 Schilling Taggeld für Grundwehrdiener) sind nichts als Kosmetik an einem kranken Apparat, um die Kritiker etwas zu beruhigen. Tatsache ist, daß die Militärausgaben jährlich Milliardenbeträge verschlingen, die im Sozialbereich sinnvoller verwendet werden könnten. Tatsache ist, daß das österreichische Berufsheer teilweise von rechtsradikalen Elementen durchsetzt ist. Und damit sich nicht jeder vor dem militärischen Drill "drücken" kann, muß erst eine "Gewissenskommission" entscheiden, ob man Zivildienst machen darf.

Die demokratischen Rechte der Grundwehrdiener werden nicht erweitert: politische Betätigung ist noch immer untersagt. Die strikte Befehlsgewalt - auf Befehlsverweigerung steht noch immer der Kerker - ist dazu, den Willen der jungen Männer zu brechen. Im Kriegsfall, aber vor allem im täglichen Leben dürfen sie über Befehle nicht diskutieren - sie müssen gehorchen.

Die Begründungen für die Existenz und Struktur des Bundesheeres sind vielschichtig: Einerseits sitzt noch immer der böse, kommunistische Feind im Osten, der nichts Wichtigeres zu tun hat, als Österreich zu überfallen. Andererseits wird oft das Scheinargument gebracht, wir bräuchten unser Bundesheer für Katastropheneinsätze - als ob zivile Hilstruppen nutzlos wären. Um unsere "Neutralität" zu schützen, brauchen wir keine schweren Waffen, sie würden im (sehr unwahrscheinlichen) Ernstfall ohnehin nicht ausreichen. Doch das Militär braucht Feindbilder - ohne sie würde es seine Existenzberechtigung verlieren. Die streng hierarchische Befehlsstruktur des Bundesheeres wird ebenfalls mit dem Ernstfall begründet - um schneller handlungsfähig zu sein. Den Grundwehrdienern soll so die Fähigkeit des blinden Gehorsams beigebracht werden - denken ist unerwünscht.



Bundesheer: In welche Richtung muß die Reform gehen?

Das österreichische Bundesheer ist untragbar - soll man es abschaffen?

Warum werden im Rahmen der Budgetsanierung nicht die Militärausgaben drastisch gekürzt?

Die Armee ist ein wichtiges Mittel zur Erhaltung der Macht eines Regimes. Dessen Feind sitzt im inneren, und er kommt von links. Für viele Berufssoldaten und Offiziere wäre es kein Problem, das Heer gegen österreichische Arbeiter einzusetzen. Wenn der bürgerliche Staat sich nicht auf "demokratischem" Weg durchsetzen kann, so greift er zum letzten, gewaltvollen Mittel: zur Armee. Er wird daher nie darauf verzichten.

Wird die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft, so bleibt ein für uns unkontrollierbares, viel gefährlicheres Berufsheer. Selbst wenn dieses Berufsheer unter dem Titel "österreichisches Bundesheer" abgeschafft wird, bleibt es doch in Form von Polizei- oder sons-

tigen Streitkräften (z.B. Grenzschutztruppen) bestehen, die dann entsprechend ausgerüstet werden.

Da die Armee nicht freiwillig abgeschafft werden wird, müssen wir vorerst jene Alternative wählen, die wir am besten kontrollieren können: das Milizheer. Allerdings muß dieses Heer radikal umgestaltet werden, wir müssen uns für jede erdenkliche demokratische Verbesserung und Erleichterung für die Grundwehrdiener einsetzen.

Die Dauer der allgemeinen Wehrpflicht muß herabgesetzt, die Zivildienstkommission abgeschafft werden. Die Militärausgaben müssen drastisch gekürzt werden, der Ankauf von schweren Waffen muß unterbleiben. Die Kontrolle des Bundesheeres muß letztlich Organen der Arbeiterschaft obliegen, das Berufsheer muß abgeschafft werden. Nur so können wir sichergehen, daß das Heer nicht gegen das Volk eingesetzt werden kann. Einem Berufssoldaten wird es nicht schwerfallen, auf Arbeiter zu schießen, einem Arbeiter schon.

Wir sind für die Abschaffung der Armee - sie wird sich jedoch erst gemeinsam mit dem bürgerlichen Staat abschaffen lassen. Unsere Forderungen sind daher Übergangsforderungen: in ihrer Gesamtheit würden sie das Heer (und somit den bürgerlichen Staat) nicht nur reformieren, sondern auflösen.

Andrea Koch SJ 10

Wir fordern daher:

- *) Radikale Kürzung des Militärbudgets durch Abschaffung schwerer Waffen!
- *) 12000,- Mindestlohn für Präsenzdienster bei Einführung der 35-Stunden-Woche!
- *) Volle gewerkschaftliche und politische Rechte für Soldaten. Wahl- und Abwählbarkeit der Offiziere durch die Soldaten. Abschaffung von Kasernierung und Berufsheer!

Wem dient die Kirche?

Zurück zu den Wurzeln - oder zumindest zurück ins Mittelalter: auf diesem himmlischen Trip sind jene Würdenträger, die in Österreichs Kirchen immer mehr das Sagen haben. Wobei sich einige von ihnen möglicherweise schon damit zufrieden geben würden, das Rad der Geschichte um nur 50 Jahre zurückdrehen zu können.

Jedenfalls hat sich hier eine recht schauerliche Gesellschaft breitgemacht:

- Ein aus der Form geratener Weihbischof Krenn, der am liebsten die Inquisition wieder einführen möchte.

- Der Wiener Kardinal Groer, der so auf die Mutter und deren unbefleckte Empfängnis steht -wobei er auch "befleckte" Frauen nicht verdammt, solange sie nur empfangen.

Ein aalglatter Vorarlberger Bischof Klaus Küng, dem Verbindungen zum Geheimbund Opus Die nachgesagt werden und der mit dem rechtsradikalen französischen Kardinal Lefevre liebäugelt.

- Der Salzburger Erzbischof Eder, der den Teufel in der Frau und in Aids sieht. Die Frau ist eigentlich an allem schuld, natürlich auch an ihrer eigenen Vergewaltigung.

Dieses Gruselkabinett bringt allerdings auch Bewegung in die Kirche: Immer mehr Katholiken laufen gegen diese erreaktionäre Entwicklung Sturm, die Zahl der Kirchaustritte steigt. Engagierte Geistliche und Laien kritisieren die neuen Kirchenoberhäupter und prangern das Vorgehen der katholischen Kirche öffentlich an.

Vielen (Leicht-)Gläubigen werden die Augen geöffnet: daß sie von dieser "Glaubensgemeinschaft" durch Jahrhunderte mißbraucht, betrogen und ausgebeutet wurden. Eine Kirche, die - immer auf der Seite der Mächtigen - die Armen auf das

Jenseits vertröstete, während sie sich im Diesseits an ihnen bereicherte. Die Kirche predigte zwar stets "Du sollst nicht töten", wehrt aber Waffen und schickte unzählige Menschen in Glaubenskriege oder ermordete sie gar mittels "Gottesurteil". Die obersten Kirchenvertreter (Päpste, Bischöfe...) haben stets Maßstäbe angesetzt, die für all jene galten, die nicht genug Geld hatten, um diesem Stand anzugehören. Die Doppel-moral der Kirche zeigte sich besonders deutlich bei den Gelagen, die Kirchenfürsten feierten, während die Bauern verhungerten. Die heutige Rolle der Amtskirche besteht vor allem im systemerhaltenden Element. Friede und Völkerfreundschaft werden gepredigt, die Vatikan-Bank ist aber bedeutender Aktionär bei Konzernen wie Shell (der das Apartheidregime in Südafrika mit millionenschweren Barzahlungen in Dollars unterstützte!) Ebenso wettert der "Il Papa" gegen die Verhütung, während "seine" Bank in der Pillenproduktion steckt. Diese Liste von Doppelzüngigkeit ließe sich endlos fortsetzen.

Ein anderes Kapitel stellt die "Theologie der Befreiung" dar. Der Kampf in Lateinamerika unter religiösen Losungen erklärt sich aus der, ihnen aufgezwungenen, Tradition ("Bekehrung"). Jedenfalls erkennen deren Vertreter die Ausbeutung der Bevölkerung.

Trotzdem beweist sich gleichzeitig, daß die "Katholische Soziallehre" mit ihrer Prämisse, jede Gesellschaft bestehe aus partnerschaftlich arbeitenden Individuen, ein realitätsfernes Dogma darstellt - sei es aus Träumerei, sei es aus taktischen Gründen, die abhängig Beschäftigten davon abzuhalten, ihr Schicksal gegen die Unternehmer selbst in die Hand zu nehmen!

Andrea Koch SJ 10

Gespaltene

Wenn man der bürgerlichen Presse glauben darf, dann braucht Polen - nachdem es die ersten Schritte Richtung "Demokratie" und Rechtsstaat getan hat - nur noch einige kapitalistische Spielregeln zu beachten, um all seiner Probleme Herr zu werden. Seit den Wahlen vom 4.6.89, in denen die Solidarnosc - trotz einer vorher festgelegten 2/3-Mehrheit für die PVAP (Polens KP) nicht nur in die Regierung kam, sondern auch den Ministerpräsidenten Mazowiecki stellt, hat sich die Situation für die Polen wirtschaftlich weiter verschlechtert.

Daß es zu dieser Wahl und zum Wahlsieg der Solidarnosc kam, ist nicht darauf zurückzuführen, daß die PVAP ihre "demokratische Ader" entdeckt hat. Der Grund für diesen Schritt war die Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Lage aufgrund jahrelanger Mißwirtschaft der herrschenden Bürokratie derartig schlecht ist, daß diese ihre Position bedroht sieht. Der einzige Weg, um an der Macht zu bleiben, war, die Solidarnosc in die Regierung zu holen, und somit die Verantwortung für die kommenden Sparmaßnahmen auf sie abzuwälzen. Die stalinistische PVAP-Führung hat völlig richtig spekuliert, als sie Leute wie Mazowiecki in führende Positionen holten. Diese setzen zwar auf marktwirtschaftliche Veränderung, ändern an der realen Situation der Bürokratie aber nichts, sondern wachsen selbst hinein in das System von Privilegien. Das westliche Kapital hat außerdem entgegen allen Behauptungen kein Interesse und keine Möglichkeiten, Polen wirtschaftlich wieder aufzupäppeln. Einerseits ist nicht genug Geld da, um großzügige Finanzhilfe à la Marshallplan zu leisten, andererseits sehen die Kapitalisten ganz genau, wie kritisch



die Situation in Polen ist. Außerdem wollen sie sich keinen neuen Konkurrenten heranzüchten, sondern sind höchstens an den billigen Löhnen interessiert. Obwohl Firmen bereits zu 100% in ausländischer Hand sein dürfen und die polnische Regierung den ausländischen Investoren zusichert, die Gewinne mit höchstens 40% zu versteuern, wagt sich das westliche Kapital nur sehr zögernd nach Polen. Sie vertrauen nicht darauf, daß Solidarnosc und PVAP das Volk noch lange ruhig halten können, solange sie Maßnahmen setzen, die die Lebenssituation verschlechtern. So gibt es z.B. den - als besonders sozial gefeierten Beschluß - in den letzten 3 Monaten von 1989 die Löhne um 80% der Teuerung zu erhöhen. All diese Maßnahmen - Preissteigerungen, Wohnungsnot, Gefahr der Arbeitslosigkeit - führen dazu, daß die Solidarnosc-Führung immer mehr an Popularität verliert.

Die Solidarnosc ist keine einheitliche Organisation - ganz im Gegenteil. In ihr sind die



Wałęsa-Die Massen vertrauen ihm nicht länger

verschiedensten Richtungen vertreten. Es gibt Katholiken und Sozialdemokraten, solche, die sich an Thatchers Wirtschaftspolitik orientieren, und solche, die erkannt haben, daß der Grund für die wirtschaftliche Misere von Polen nicht die Planwirtschaft an sich ist, sondern die Mißwirtschaft der Bürokratie. Die Führung der Solidarnosc kann sich auf Dauer nicht halten, da die Arbeiter ganz klar erkennen, daß die Einführung von marktwirtschaftlichen Bedingungen nur Nachteile für sie bringt. Das bedeutet für sie die Schließung von Betrieben, Reallohnverluste und schlechtere Sozialleistungen. Es hat sich bereits ein Flügel gebildet, der in dem Verzicht auf das Streikrecht einen immensen Fehler sieht. Es wird für die Solidarnosc nötig sein, sich von ihren bürgerlichen Elementen zu trennen, um klar die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Sonja Grusch SJ 10

RUMÄNIEN

In Rumänien ist die politische Revolution bisher am blutigsten verlaufen. Kein Wunder, dort war das Unterdrückungs- und Bespitzelungssystem wohl am besten ausgebaut. Daher waren die Securitate-Leute in der Bevölkerung derart verhaßt, daß sie gezwungen waren bis zum Letzten zu kämpfen, da sie das Volk nach seinem vorläufigem Sieg wahrscheinlich am liebsten gelyncht hätte.

In den letzten Wochen ist ungeheuer viel erreicht worden. So kam es zur Gründung von Parteien, einer freien Gewerkschaft, neuen Zeitungen, Minderheitsvertretungen, Betriebsversammlungen, Umweltbewegungen ect. Das Abtreibungsverbot wurde abgeschafft. Das Gesetz über "Systematisierung des Territoriums" (die Zerstörung

von 8000 Dörfern) wurde aufgehoben, auch die Zensur gehört der Vergangenheit an. Die Beschränkung der Zimmertemperatur und die Rationierung der Lebensmittel wurden aufgehoben. Erstmals seit Jahren gab es wieder genug zu essen, da die Lebensmittelexporte gestoppt worden waren.

Nichtsdestotrotz steht die politische Revolution erst am Anfang, denn in der neuen Regierung sitzen viele ehemalige Ceausescu-Treue, angeblich sogar ex-Securitateleute. Die erste Handlung der Regierung war nicht nur, die Securitate-Terroristen, sondern auch das Volk zu ent Waffen. Auch die Rolle des Militärs ist zweideutig, denn es stellte sich erst im letzten Moment auf die Seite des Volkes. Die ersten Demonstrationen in Temesvar wurden noch von der Armee blutig niedergeschlagen. Es drängt sich also der Verdacht auf, daß das Heer erst gegen die Ceausescutreuen Schergen kämpfte, als der Sieg des Volkes schon absehbar war, um dann die Macht behalten zu können.

Auch die rasche Hinrichtung des Ehepaares Ceausescu läßt Zweifel aufkommen. Wurden sie wirklich liquidiert, um den Securitate-Verbrechern Siegeshoffnungen zu nehmen, oder hatten manche Interesse, sie mundtot zu machen, damit Ceausescu vor einem öffentlichen Gericht nicht zuviel über die anderen Mächtigen enthüllt?

Die "freien" Wahlen, die für April angekündigt sind, werden auch nicht "Staat und Gesellschaft vollständig demokratisieren". Zwar ist das Wahlrecht ein wichtiger Fortschritt (besonders wenn es mit Rede- und Pressefreiheit verbunden ist). Doch solange die Bürokraten die Massenmedien fest in der Hand halten, kann man wohl nicht von gleichen Wahlen sprechen (ähnlich wie im Westen). Und selbst eine oppositionelle Mehrheit in Parlament oder Regierung bedeutet noch kein Ende der stalinistischen Herrschaft (siehe Polen). Eine

Gesellschaft beherrschen letztendlich diejenigen, die über die Wirtschaft bestimmen. Und in den Betrieben regieren immer noch privilegierte Leiter Direktoren und Bürokraten und nicht demokratisch gewählte Arbeiterräte (größtenteils sind es sogar noch dieselben Bürokraten wie vor Beginn der Revolution)

Die Proteste werden solange

andauern, bis die Revolution vollendet, also bis die Bürokratie, die sich jetzt einen demokratischen Mantel umgehängt hat, entmacht ist und die Entscheidungsgewalt über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten in der Hand des Volkes liegt.

David Mum SJ 23

Wohin geht die DDR?

Die Ereignisse in der DDR haben sich in den letzten Wochen überschlagen. Die Aggressionen gegen die Bürokratie haben sich verschärft. Bei vielen herrscht aber auch eine gewisse Perspektivlosigkeit.

Große Teile der DDR-Bevölkerung sehen als einziges Mittel zur Lösung der Probleme Korruption, wirtschaftliche Schwäche, Gefahr der Machtelbsterhaltung der Bürokratie) das völlige Beseitigen der alten Strukturen. Auf der Suche nach neuen Möglichkeiten scheint sich eine Vereinigung mit der wirtschaftlich starken BRD als einzige Perspektive anzubieten. Schließlich gibt es dort, allerdings nur auf den ersten Blick, ein "funktionierendes" Sozialsystem, eine Konsumgesellschaft und ein stabiles "demokratisches" System. Der legitime Wunsch nach einem gewissen Lebensstandard, und nicht der deutsche Nationalismus, ist die Ursache für die Forderungen nach Vereinigung.

DDR-Wirtschaft

Die - noch - herrschende



...nicht aktuell fürs Kapital

Die letzten Reste der SED wollen nun bis zu den vorverlegten Wahlen eine Konzentrationsregierung mit den 9 größten Oppositionsgruppen bilden. Deren Minister sind allerdings ohne Geschäftsbereich! Die BRD-Industrie will nach eigenen Aussagen erst mit der nachfolgenden Regierung über Wirtschaftsinterventionen und Gewinntransfer in die BRD ausführlich verhandeln. Die Oppositionsgruppen haben

Fortsetzung auf Seite 10

Stalinismus am Ende

1989 war durch das Auftreten von Massenbewegungen in fast allen osteuropäischen Staaten gekennzeichnet. Die herrschende Bürokratie wurde überall in die Defensive gezwungen - bis hin zur Selbstverleugnung. Für die bürgerlichen Medien ist klar: Der Sozialismus ist eben unrealisierbar! Doch viele, gerade fortschrittliche Arbeiter und Jugendliche sind derzeit verunsichert. Wenn nicht Sozialismus, welches System war es dann, das gerade scheitert? Welche Perspektive gibt es für Osteuropa: Kapitalismus oder Sozialismus?

Durch die Oktoberrevolution war der erste Arbeiterstaat nicht in einem hochindustrialisierten, sondern im rückständigen Land Europas entstanden. Die Bolschewiki wußten, daß man Sozialismus nicht in einem, schon gar nicht in einem unterentwickelten Land, aufbauen kann. Für sie war die Russische Revolution das Startsignal zur Revolution in Europa. Diese hätte dann Hilfe zum industriellen Aufbau in Russland bringen sollen. Da die revolutionären Bewegungen in Westeuropa aber nicht siegreich waren, blieb die Hilfe aus und die Sowjetunion isoliert. Die wirtschaftliche Situation war katastrophal, die langen Kriegs- und Bürgerkriegsjahre hatten das Land völlig zerstört. Die Arbeiterklasse war dezimiert, Industrie war praktisch nicht vorhanden, und viele der zuverlässigsten Kommunisten waren im Bürgerkrieg gefallen. Um überhaupt eine Form der Verwaltung aufrechtzuerhalten (wo keine industrielle Basis ist,

kann es auch keine Verwaltung durch die Arbeiterklasse geben), mußten Beamte aus dem alten, zaristischen Apparat übernommen werden. Damit war der Ausgangspunkt für die Bürokratisierung gegeben. ("Dort, wo es Mangel gibt, muß jemand verteilen, und wer verteilt, ist nie zu kurz gekommen"-Trotzki). Lenin sprach bereits 1920 von einem bürokratisch defizienten Arbeiterstaat. Auf Dauer konnte die Partei der immer stärkeren Bürokratisierung nicht widerstehen, zumal diese in Form der Stalin-Fraktion ihre Vertreter innerhalb der kommunistischen Partei hatte.

Um einen Anreiz zur stärkeren landwirtschaftlichen Produktion und zur Industrialisierung zu schaffen, wurden kapitalistische Elemente im Rahmen der NEP (Neue Ökonomische Politik) zugelassen. Parallel zur Industrialisierung sollten diese Elemente wieder abgebaut werden. Durch die NEP entstanden Spekulanten, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Auf sie konnte sich die bürokratische Schicht in Staat und Wirtschaft stützen. Beide hatten schließlich ein gemeinsames Interesse: Persönliche Vorteile und Ausscheiden aller Elemente der Arbeiterdemokratie, um ihre Macht zu erhalten.

Sieg der Bürokratie

Stalin ermöglichte hunderten tausenden Bürokraten den (wieder)Eintritt in die kommunistische Partei. Auf diese und auf die NEP-Leute gestützt, vernichtete Stalin zunächst die linke Opposition. Diese war

deshalb so gefährlich, weil sie die eigentliche bolschewistische Linie vertrat: Orientierung auf die Weltrevolution statt "Sozialismus in einem Land", für Zurückdrängen kapitalistischer Elemente, rasche Industrialisierung durch einen 5-Jahres-Plan,... Die NEP-Leute wollten nach Zerschlagen der Linken Opposition, durch eine kapitalistische Konterrevolution die Macht an sich reißen. Das hätte



Trotzki: Gründer der Roten Armee und Kopf der linken Opposition

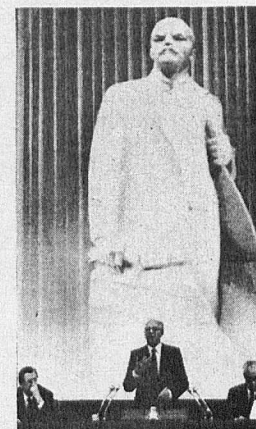
aber das Ende der stalinistischen Bürokratie, die ihre Macht gerade aus der Kontrolle über eine verstaatlichte Wirtschaft schöpft, bedeutet. Stalin holte nun, mittels Zwangskollektivierung, zum Schlag gegen "Rechts" inner- und außerhalb der Partei aus. Mitte der 30er Jahre waren die politische Konterrevolution gefestigt und alle politischen Errungenschaften der Oktoberrevolution beseitigt. Nur die soziale Grundlage (Staats-eigentum an Produktionsmitteln) war geblieben. Über die Gesell-

schaft herrscht uneingeschränkt eine bürokratische Schicht mit ausgeprägten sozialen Eigeninteressen. Dieser "degenerierte" Arbeiterstaat hat sich seitdem in seinen Grundlagen nicht verändert.

Zweiter Weltkrieg und Nachkriegsordnung

Die stalinistische Innenpolitik fand ihre Fortsetzung in der Außenpolitik. Sie war auf Ausgleich und Kompromiß mit dem Imperialismus ausgerichtet. In der Kommunistischen Internationale fanden ähnliche Säuberungen wie in der UdSSR statt. Die KomIntern wurde zum willigen Instrument der russischen Bürokratie umfunktioniert. Katastrophale Niederlagen der Arbeiterbewegung waren, durch von Moskau befohlene Bündnisse mit Bürgerlichen, die Folge. Im Sinne dieser Volksfrontpolitik brach die KomIntern endgültig mit dem Marxismus. Einen Höhepunkt dieser Kompromißpolitik stellte der Hitler/Stalin Pakt 1939 dar. Durch diese falsche Perspektive Stalins war die UdSSR völlig unvorbereitet in den Weltkrieg gestoßen worden. Doch nicht zuletzt wegen der gewaltigen Fortschritte, die auf Grund der geplanten Wirtschaft (nicht wegen, sondern trotz der Bürokratie!) gemacht wurden, konnten die Faschisten besiegt werden. Die Rote Armee wurde zu Kriegs-ende erst vom US-amerikanischen Imperialismus gestoppt. Auch hier setzte Stalin auf Kompromiß und Ausgleich. Bereits 1943 war die KomIntern ohne Beschluß aufgelöst worden. Für die Staaten, in denen sich die Rote Armee befand, wollte Stalin die Neutralität auf kapitalistischer Basis einführen (ähnlich wie Finnland oder Österreich). Die einzige Macht in diesen Ländern stellte allerdings die Rote Armee dar, die Kapitalisten waren samt ihrem Staatsapparat in den Westen geflüchtet. Zwar versuchte die Rote Armee-Führung, bürgerliche Parteien

auf Befehl zu gründen, aber da diese Parteien keine soziale Grundlage hatten, wurden sie ebenso wie die KP zu Statthaltern Moskaus. Die reale Alternative, die sich für Stalin in der ersten Nachkriegszeit stellte, war, entweder die Arbeiterklasse in das Machtvakuum eindringen zu lassen (was in Ansätzen durch die Antifa Komitees in Deutschland geschah) oder durch die Rote Armee alle Ansätze der Arbeiterdemokratie zu zerschlagen. Da ein wirklich demokratischer Arbeiterstaat eine tödliche Gefahr für die russische Bürokratie dargestellt hätte, lag die Lösung für Stalin in der Zwangsvereinigung von KP und Sozialdemokratie. Die Führung übernahmen Agenten Moskaus. Gestützt auf die Waffengewalt der Roten Armee festigte die Bürokratie ihre Macht. Die Sozialstruktur der UdSSR wurde auf alle anderen Staaten übertragen.



Lenin: Ihm wurden zwar Denkmäler gebaut, seine Ideen aber verraten

Kämpfe gegen die Bürokratie vor 1989

Der Tod von Stalin 1953 und die darauf folgenden Lockerungen hatten Signalwirkung auf Osteuropas Arbeiter. Den Anfang machte der Aufstand in Ostberlin

1953. Die Arbeiter wehrten sich gegen schlechte Versorgung, niedrige Löhne und Normvorschriften. Ausgehend von den Bauarbeitern entstand eine Streikbewegung. Parteihäuser wurden gestürmt, Rufe nach Demokratie in den Betrieben und Abbau aller Privilegien waren nicht zu überhören. Der Aufstand konnte nur mit Hilfe der Roten Armee zerschlagen werden. Interessant die Rolle des Westens: Die Westalliierten weigerten sich, Streikaufrufen per Radio durchgeben zu lassen, sperrten die Grenzen für Flüchtende und verboten Solidaritätsdemonstrationen in West-Berlin.

In Polen erzwangen Streikbewegungen große Zugeständnisse. Dort aber gelang es der Bürokratie, die Proteste durch geschickte Manöver (Auswechslung der Parteiführung) in für sie kontrollierbare Bahnen zu lenken - um die Bewegung dann abzuwürgen. Doch die kämpferischen Traditionen in Polen fanden Ende der 60er, Mitte der 70er Jahre und schließlich 80/81 ihre Fortsetzung.

Die wohl wichtigste Bewegung fand 1956 in Ungarn statt. Dort hatten sich, trotz geschickter Versuche der Bürokratie, sich ein liberales Image zu geben, im Zuge einer Streikbewegung Arbeiter in den ganzen Land gebildet. Sie forderten Demokratie in Politik und Wirtschaft, aber ausdrücklich nicht die Rückkehr zum Kapitalismus. Eine Doppelherrschaft zwischen dem alten stalinistischen Apparat und diesen neuen Organen entstand. Der Erfolg der Revolution wurde nur, wie auch in der CSSR 1968, durch ein Eingreifen der Roten Armee verhindert. Zu beobachten war bei all diesen Kämpfen die extreme Wandlungsfähigkeit der Bürokratie. Egal ob liberal oder repressiv, Hintergrund war immer nur die Machterhaltung dieser Schicht.

1989

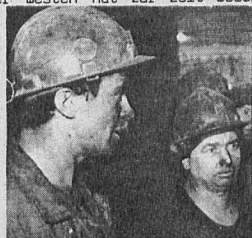
Vom selben Gesichtspunkt sind

die Kämpfe von 1989 zu betrachten. Insgesamt ist die Bürokratie nicht mehr imstande, die Wirtschaft weiter zu entwickeln. Gorbatschow versuchte, durch Reformen von oben, den Bewegungen von unten zuzukommen. Er hat dadurch in ganz Osteuropa, durch Wegfallen der Angst vor einer Invasion der SU Armee, die antibürokratische Bewegung erst recht beschleunigt. Durch die Millionenbewegungen wurde in fast allen osteuropäischen Staaten die Bürokratie an die Wand gedrückt. Es wurde deutlich, daß sie keine soziale Funktion in der Gesellschaft besitzt. Aber sie hält in all diesen Ländern noch immer die Kontrolle über den Staatsapparat und damit über die (verstaatlichte) Wirtschaft in ihren Händen. Zwar ist der Versuch, zu repressiven Mitteln zu greifen (wie in China), zur Zeit unwahrscheinlich, doch wenn die Arbeiterklasse bei ihrer begonnenen Revolution nicht weiter fortschreitet, absolut möglich. Osteuropas Arbeiter haben sich jedes Stück Demokratie erkämpft. Doch die Bürokratie wird sich nicht einfach wegreformieren. Noch nie hat sich eine herrschende Schicht selbst beseitigt. Derzeit bleibt ihr unter dem Druck der Massen nichts anderes übrig, als sich in einer immer liberaler erscheinenden Facette zu präsentieren.

Kapitalismus- Keine Alternative

Eine dieser "Facetten" ist die Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen. Zunächst muß man sich darüber im klaren sein, daß sich der Kapitalismus in fast allen osteuropäischen Ländern unfähig gezeigt hat, Industrialisierung und eine Erhöhung des Lebensstandards herbeizuführen. Sie wurden erst durch, wenn auch bürokratische, Planwirtschaften ins "20ste Jahrhundert" gebracht. So stieg z.B. die SU zur zweitstärksten Industriemacht der Erde auf. Doch je entwickelter der Wirt-

schaft ist, desto schwieriger ist es, sie von oben her bürokratisch zu lenken. Das ist die Ursache für die Krise der osteuropäischen Wirtschaft. Doch daß kapitalistische Elemente keine Alternative sind, beweist die Situation Ungarns und Polens. Den dortigen Bürokraten ist es gelungen, ineffiziente Produktion mit Inflation, Verschuldung und Arbeitslosigkeit zu verbinden. Das bedeutet aber noch nicht die Restauration des Kapitalismus. Hierzu müßten jene, die heute die Betriebe verwalten, sich morgen als deren Besitzer präsentieren. Es ist schwer vorstellbar, daß sich Osteuropas Arbeiterklasse einen so offensichtlichen Diebstahl gefallen lassen würde. Doch auch der Westen hat zur Zeit weder



Bergarbeiter kontra Bürokratie

Geld noch Interesse zu investieren. Wales versucht seit einem Jahr erfolglos polnische Betriebe zu verkaufen. Bush hat ihm ein Almosen von 300 Mio. Dollar angeboten. Der Westen kann sich einen neuen "Marshallplan" aufgrund seiner eigenen wirtschaftlichen Labilität nicht leisten. Er wird nur in jene Bereiche investieren, die eine sichere Profitquelle sind. Osteuropas Arbeiterklasse wird auf jeden Fall bei einer solchen Entwicklung der Verlierer sein. Der einzige Ausweg aus der derzeitigen Krise ist in den Massenbewegungen bereits ansatzweise aufgezeigt worden. Der Sturz der bürokratischen Herrschaft und ihre Ersetzung durch eine Räte Demokratie würde das gewaltige Potential der Planwirtschaft freisetzen.

John Evers SJ 5

Fortsetzung von Seite 16
len. Dieser Streik wird nichts am Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie ändern, wenn die derzeitige ÖGB-Politik weiter fortgesetzt wird. VORWÄRTS wies wiederholt auf die drastischen Verschlechterungen für die Arbeiterschaft hin. Die Unternehmer versuchen, die gewerkschaftlichen Rechte einzuschränken, damit Kündigungen schneller durchgesetzt werden können. Die Gewerkschaftsführung in Steyr verzichtete in den vergangenen Jahren auf Lohnrunden und auf Sozialleistungen, hat den Personalabbau und die Privatisierung mitgetragen. Dieser Streik kann nur ein Aufschrei sein, ohne eine gesamtösterreichische Mobilisierung des ÖGB gegen die Privatisierung, gegen Kündigungen und gegen die Angriffe auf die gewerkschaftlichen Rechte war dieser Streik nur eine Hürde mehr für die Kapitalisten und Manager. Die ÖGB-Führung vertraut auf die Sozialpartnerschaft, um schließlich zu bedauern, daß sich die Unternehmer nicht an die Spielregeln halten. Das Ende der Sozialpartnerschaft kann für die Gewerkschaft das Ende der Fesseln, die sie sich selbst auferlegt hat, bedeuten. Arbeits- und Lohnkämpfe werden in Zukunft die Erfolge der Arbeiterbewegung sichern eine sozialistische Verstaatlichten-Politik muß den Weg weisen!

Thomas Kerschbaum SJ 10

Fortsetzung von Seite 7
allerdings keine klaren Konzepte, geschweige denn Lösungen anzubieten. So kommt es zu immer größerer Resignation und steigenden Überlebenschancen für die SED-Bürokratie. Selbst wenn es nach dem 18. März eine Regierung ohne SED gibt, wäre ihre Kontrolle über die Produktion ungebrochen. Die einzige Lösung wäre der Sturz der Bürokratie durch die Arbeiter, auch in diesem Bereich und die Verwaltung unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Thomas Mann SJ 12

Kindergärtnerinnen:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Die Wiener Kindergärtnerinnen und ihre männlichen Kollegen haben durch ihre Kampfbereitschaft bewiesen, daß sie sich nicht mit den Kompromissen der Gewerkschaft zufrieden geben. Durch die Ankündigung eines Streiks konnte durchgesetzt werden, daß alle Kindergärtnerinnen ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausbildung dasselbe Gehalt bekommen.

Der Anlaß für die Gehaltsverhandlungen, die im Sommer 89 begannen, war die 4 Jahre zurückliegende Änderung der Kindergärtnerinnenausbildung. Damals wurde die Ausbildung auf 5 Jahre verlängert und der bisherige Abschluß durch eine Matura ersetzt. Der 1. Jahrgang, der mit Matura abschließt beendet die Ausbildung in diesem Sommer. Nun war man von seiten der Gemeinde der Meinung, daß es, wenn es 2 Klassen von Kindergärtnerinnen gibt, diese auch unterschiedlich (also in 2 unterschiedlichen Gehaltsschemen) bezahlt werden müßten. Das hätte bedeutet, daß Kindergärtnerinnen für die gleiche Arbeit weniger Geld bekommen hätten. Bei einer gemeinsamen Sitzung der Kindergärtnerinnen mit der Gewerkschaft im Herbst 89 hatte die Gewerkschaft noch keine Verhandlungsergebnisse. Die Zielvorstellung war jedoch eine lineare Überleitung, also eine Einstufung in dieselbe Gehaltsstufe, wie die Kolleginnen mit Matura und zwar ohne Verluste. Ende November fand dann eine Vollversammlung der Kindergärtnerinnen im Rathaus statt, bei der die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten das Ergebnis der Verhandlungen darlegte:

Kindergärtnerinnen ohne Matura sollten mit Juni 90 in dasselbe Gehaltsschema wie ihre Kolleginnen mit Matura eingereiht werden, jedoch nicht in der jeweiligen Gehaltsstufe, sondern eine darunter. Obwohl diese Lösung zwar im Moment eine Gehaltserhöhung bedeutet hätte, wäre der Gehaltsstufenverlust nie ausgeglichen worden. Von der Gewerkschaft jedoch wurde dieser Kompromiß als Erfolg der Verhandlungen dargestellt.

Die Vollversammlung akzeptierte diese Ungleichbehandlung nicht und die Kindergärtnerinnen

innen, inklusive Neuanstellungen.

Endlich ist es einmal gelungen, den Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführung war bereit, Kompromisse zu akzeptieren, da sie kein Vertrauen in ihre Basis hatte. Aber es hat sich gezeigt, daß die Bereitschaft zum Streik Erfolg gebracht hat und so die Spaltung der Kindergärtnerinnen in 2 Klassen verhindert werden konnte.

Claudia Sorger SJ 5



Kindergärtnerinnen: Durch eine kämpferische Basis erfolgreich

drohten mit Streik, falls die Gemeinde auf ihre Forderungen nicht eingehen würde. Noch vor Weihnachten wollten sie, mit Unterstützung der Gewerkschaft, streiken und durch diesen Druck konnten die Forderungen durchgesetzt werden. Das Ergebnis: keine Zusatzprüfung, kein Einstellungsverlust, Gleichbehandlung aller Kindergärtner-

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Grenzackerstr.19/9/4 1100 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien

M I S T Wirtschaft

In Österreich fallen jährlich etwa 1,6 Millionen Tonnen Hausmüll an. Dazu kommt noch eine etwa 5-fache Menge Industrie- und Gewerbemüll. Dieser Müll wird abtransportiert, deponiert, verbrannt und - in den seltensten Fällen - wiederverwertet. Der Umgang mit Müll ist in Wien - angesichts der katastrophalen Zustände in anderen Städten - wirklich der einer Umweltmisterstadt. Das bedeutet aber auf gar keinen Fall, daß die Situation auch nur annähernd optimal ist.

Der Inhalt einer normalen Mülltonne besteht zu über 50% des Volumens aus Verpackungsmaterial. Dazu kommen noch Glas, Papier, Metalle, giftige Chemikalien und sogenannte Vegetabilien, das sind Essensreste und organische Materialien, die zu Kompost umgewandelt werden können. Das Umweltbewußtsein steigt zwar, aber trotzdem gibt es nur zögernd Schritte, um die drohende Mülllawine zu stoppen. Vor allem von Seiten der Industrie ist man nicht bereit, umweltschützende Maßnahmen zu setzen - es sei denn, es bringt Profit. (Der Aufdruck "umweltfreundlich" hat eine immense Werbewirkung!)

Ökosoziale Marktwirtschaft

Die ÖVP hat nach Angaben einiger ihrer Politiker "nie eine Konfrontation Umwelt-Wirtschaft gesehen". Das wollen sie nun, kurz vor der nächsten Wahl, mit ihrer "Ökosozialen Marktwirtschaft" manifestieren. Die aber,

laut Wirtschaftsminister Schüssel, auf freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft abzielt. Praktisch heißt das, daß die Wirtschaft weiterhin soviel Müll produzieren kann wie sie will - mit werbetaktischen Aufrufen zu Umweltbewußtsein. Daß Bitten nichts nützt, beweist die Tatsache, daß 1988 im Gegensatz zum Vorjahr zwar etwas weniger Verpackungsmaterial produziert wurde, der Anteil von Kunststoffen aber um 20% (auf 15% des Gesamtmülls) gestiegen ist. Gleichzeitig sinkt der Anteil von leicht verrottenden Materialien stetig. Die wahren Interessen der ÖVP zeigen sich auch bei der Diskussion um das Abfallwirtschaftsgesetz. Die SPÖ will, daß der "Datenschutz für Umweltverschmutzer" - d.h. daß sich Betriebe auf den Datenschutz



Erstickt im Dreck: Ökosoziale Marktwirtschaftlerin Fleming

berufen können, um die Auskunft über Art und Menge des Mülls zu verweigern - fällt. Außerdem fordert sie, daß auch der Industrie- und Gewerbemüll in das Gesetz integriert wird. Das aber will die ÖVP nicht. Denn die Industriellenvereinigung hält die Einbeziehung des Giftmülls "nicht für zielführend". Als Alternative schlägt sie die Errichtung von 2 Müllverbrennungsanlagen und eine unbürokratischere Regelung von grenzüberschreitenden Abfalltransporten.

Müll entsorgen

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit dem Müllproblem umzugehen. Der entstandene Müll kann verbrannt und/oder deponiert werden. Das führt aber einerseits zur Vernichtung wichtiger Rohstoffe, und andererseits zur Verseuchung von Luft, Wasser und Boden. Jährlich landen hundertaussende Tonnen Sondermüll auf völlig unzureichend ausgerüsteten Deponien. Die austretenden Giftstoffe gelangen direkt oder über die Nahrungskette in den Körper und führen zu Atemwegs-, Verdauungs- und Krebserkrankungen.

Ein besserer Weg besteht darin, zuerst den Müll zu trennen und möglichst viel davon wiederzuverwenden. Der Rest wird verbrannt und/oder deponiert. Die einzige, wirklich sinnvolle, Methode ist aber, die Produktion von unnötigem Müll zu stoppen: kein unnötiges Verpackungsmaterial, Mehrweg-statt Einweg-

flaschen etc. Natürlich kann damit nicht der gesamte Müll vermieden werden. Der Restmüll muß immer noch sortiert (Glas, Papier, Textilien, Metall, Plastik, Vegetabilien, Sondermüll...) und möglichst wiederverwertet werden. Was dann noch überbleibt, muß unter Einsatz der neuesten Technologien verbrannt und/oder deponiert werden. Die Entsorgung muß ständig überwacht und kontrolliert werden.

Überschrittene Grenzwerte

Doch auf dem Gebiet der Entsorgung gibt es zahlreiche, giftige Mängel. Die Müllverbrennungsanlage (MVA) Flötzersteig stößt 17 mal mehr Dioxin aus als im Luftreinhaltegesetz festgelegt ist. Die wiedereröffnete MVA Spittelau überschreitet ebenfalls die Grenzwerte. Hochgiftiger Sondermüll landet auf irgendwelchen Deponien, da, so Walter Pozaret vom Abfallwirtschaftsverband, "Wir derzeit keine Deponien anzubieten" haben. Die Verantwortlichen in der Regierung sind sich der Müllproblematik zwar durchaus bewußt, bringen es aber auf eine moralische Ebene. Wir können - sagen sie - mit dem Problem fertig werden, wenn wir umweltbewußt leben. Es ist zweifellos richtig, daß dies notwendig ist. Aber der wesentlichste Müllverschützer - direkt oder indirekt - ist nicht der Konsument, sondern der Produzent.

Arbeiterkontrolle

Der Sinn der Produktion darf nicht der Profit weniger sondern muß die Verbesserung der Lebensqualität aller sein! Daher ist es notwendig, die Wirtschaft nach unseren Bedürfnissen und nicht nach den Profitwünschen der Unternehmer, zu organisieren. Die Umstellung auf umweltfreundliche Produkte und Produktion muß sofort erfolgen. Anstatt der derzeit lächerlichen Strafen für Grenzwertüber-

SCHWEDEN

Von vielen Sozialisten, und neuerdings auch von Reformkommunisten, wird das "Modell Schweden", der Wohlfahrtsstaat, als die Alternative sowohl zum "Thatcherkapitalismus" als auch zu den stalinistischen Ländern in Osteuropa dargestellt.

Doch die, für 1991 geplante, schwedische Steuerreform ist eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben! So sollen die Höchststeuersätze von 72 auf 50% gesenkt werden. Primäre Bedürfnisse wie Wohnen, Heizen und Essen werden empfindlich teurer. Die Miete für eine 3-Zimmerwohnung wird beispielsweise wegen der erhöhten Eigentumssteuer um 600-1200 Schilling pro Monat teurer, die letzten Lebensmittelsubventionen werden gestrichen und die Mehrwertsteuer wird ausgeweitet. Sie soll jetzt auch bei Wohnbau, Energie, Friseur und Zeitungen, Hotel und Restaurantbesuchen mit 23,46% belasten. Dafür sinken die direkten Steuern (die die Reichen stärker belasten), während indirekte Steuern, wie eben die Mehrwertsteuer, die vor allem bei den breiten Volksmassen abhaken, erhöht werden.

Das zeigt deutlich, daß es keinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz geben kann. Auch wenn zurzeit in Osteuropa große Illusionen in einen "sozialen Kapitalismus" bestehen, wird die reale Entwicklung diese Seifenblase bald platzen lassen.

David Mum SJ 23

Aus unserem Büchertischangebot:

Aufstieg und Fall der KI

In diesem ausführlichen Artikel, geschrieben kurz nach Auflösung der Kommunistischen Internationale (1943) analysiert der britische Marxist Ted Grant die Entwicklung der KI. Preis 85 15,-.

Sonja Grusch SJ 10

HANDEL: Der Kampf geht weiter

In der letzten Novemberwoche wurde nach zahlreichen Verhandlungen und Streikdrohungen seitens der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) ein Kompromiß bezüglich des Ladenschlußgesetzes ausgehandelt.

Der Modellversuch bleibt im wesentlichen gleich (1 mal in der Woche länger oder ein langer Samstag), aber der Nichtlebensmittelhandel wird dem Lebensmittelhandel angepaßt, und soll auch erst um 18.30 Uhr seine Pforten schließen.

Was aus dem Motto der GPA in der "Aktion Handeln - Keine weitere Verschlechterung für die Beschäftigten im Handel" geworden ist, werden sich nun wohl zumindest diejenigen Handelsangestellten fragen, für die die neue Regelung noch weniger Freizeit bedeutet (rund ein Drittel aller Handelsangestellten).

Als "Trostpflaster" bekommen die Handelsangestellten ab Jänner 5,8% mehr Gehalt (die GPA forderte 9,8%), und ihre Arbeitsstunden nach 18.30 Uhr bzw. nach 13.00 Uhr am Samstag werden mit 50% mehr Geld oder Freizeit, ihre Überstunden mit 75% mehr abgegolten (laut einer Studie des österreichischen Arbeiterkammertags bekommen 75% der Arbeitnehmer ihre Überstunden nicht korrekt abgegolten).

Aktion Handeln

Wie schon in den vorhergehenden Nummern von VORWÄRTS berichtet, hob der Verfassungsgerichtshof mit 30. November die Ladenschlußzeiten als verfassungswidrig auf, laut dem Urteil beeinträchtigen sie die Freiheit des Unternehmers zu verdienen (die Freiheit des Arbeitnehmers wird anscheinend niedriger bewertet).

Daraufhin kündigte die GPA an,

keinen Schritt vom damals gültigen Modell abweichen zu wollen. Sie begann die Aktion Handeln, sammelte insgesamt fast 500.000 Unterschriften, machte Infostände, etc..

Sie setzte also viele Schritte in die richtige Richtung. Sie mobilisierte die Handelsangestellten und wies auch in der Öffentlichkeit verstärkt auf die Probleme der Handelsangestellten hin.

Mobilisierung

Angestellte, die bis dahin kaum gewerkschaftlich aktiv waren, sammelten auf einmal Unterschriften, gingen auf Versammlungen und sprachen sich für einen Streik aus. Sie verstanden, daß es bei den Öffnungszeiten um ihre ur-eigensten Belange geht. Sie verstanden, daß sie eine Vorreiterrolle hatten. Wenn sie nicht wenigstens versuchen würden zu kämpfen, dann wären sie nicht die einzigen, die Verschlechterungen zu spüren bekämen. Denn wenn die Handelsangestellten länger arbeiten, arbeiten über kurz oder lang auch die Banken länger, die Ämter, die Zulieferbetriebe,...



Arbeitsplatz Einzelhandel-ein soziales Katastrophengebiet

Neuer Vorschlag

Auch die Unternehmer merkten, daß sie gegen diese breite Front kaum Chancen hätten und kamen auf eine schlaue Idee. Sie wollten, nachdem sie mit dem Vorschlag, täglich bis 19.00 Uhr, einen Tag in der Woche bis 20.00 Uhr und einen langen Samstag im Monat zu öffnen, auf Granit gebissen hatten, "nur" den Nichtlebensmittel- dem Lebensmittelhandel anpassen.

Sie wußten, daß ein Streik vor allem von den Lebensmittelgroßbetrieben (Löwa, Konsum, Meinl, etc.) getragen wird, und daß diese Betriebe nur mehr schwer zu mobilisieren sein würden, wenn es für sie keine Verschlechterung gäbe. Bei den Verhandlungen der Sozialpartner sprachen sich nach diesem neuen Vorschlag (bis 18.30 Uhr) die Betriebsräte der Großbetriebe gegen einen Streik aus.

Sozialpartnerschaft

Wie überhaupt bei jedem Arbeitskampf, hat die Sozialpartnerschaft wieder einmal eine negative Rolle gespielt. Denn wer immer nur verhandelt, vergißt, daß er auch noch andere Möglichkeiten zur Verfügung hat.

Natürlich muß es Verhandlungen geben, aber diese müssen öffentlich sein. Die Gewerkschaftsfunktionäre agieren oftmals abgehoben von der Basis und ziehen das Mittel Streik meist nur als Drohung, aber nicht als konkrete Kampfmaßnahme in Betracht.

Die Sozialpartnerschaft verhindert Arbeitskämpfe, und genau diese sind das einzige Mittel der Arbeitnehmer, ihre Situation entscheidend zu verbessern. Nach Streiks oder ernsthaften Streikdrohungen ließen sich relativ gute Kollektiv- oder Arbeitszeitvereinbarungen (z. B. Drucker,

Beamte) erzwingen.

Doch eine kämpferische Gewerkschaft muß über die Fessel Sozial"partnerschaft weit hinausgehen!

GPA

Die GPA handelte vordergründig richtig, jedoch nicht konsequent genug, um auch Nicht-Betroffene zu mobilisieren.

Und auch als die GPA schon zu Aktionen aufrief, machten viele Betriebsräte nicht mit, gaben z.B. Unterschriftenlisten nicht weiter. Wohl deshalb, weil viele dieser Betriebsräte schon seit Jahren oder sogar Jahrzehnten ihr Mandat innehaben, in der Firmenhierarchie auch schon aufgestiegen sind und Angst um ihre Posten und Privilegien haben. Die GPA hätte auf die Betriebsräte mehr Druck ausüben müssen.



Sie ist sich ihrer Funktion als Arbeitnehmerorganisation erst dann bewußt geworden, als es schon fast zu spät war. Dann hat sie zwar mit der "Aktion Handeln" sehr gute Ansätze gezeigt, ist aber dann, als die Stimmung besser wurde, nicht weiter gegangen.

Die Handelsangestellten hätten die Verlängerung des Modellversuchs und ihre 9,8% Gehaltserhöhung erkämpfen können. Man hätte die, damals sehr aktiven, Beschäftigten des Lebensmittelhandels wahrscheinlich auch mit der Forderung "Für mehr Geld" auf die Straße bringen können. Mit einem solchen Streik hätte man auch die Rückkehr zum Modellversuch im Nichtlebensmittelhandel erreicht.

Die Abschlüsse wurden um 3.00 Uhr früh getroffen. Durch Hinauszögern durch die GPA bis 9.00 oder 10.00 und gleichzeitige Betriebsversammlungen (die dann den Streik be-

schlossen hätten), wäre dieser zumindest in den gut organisierten Großbetrieben (Konsum) befolgt worden.

Auch viele untere und mittlere GPA-Funktionäre sind von der neuen Regelung enttäuscht. Denn sie wissen: Der Kampf um die Ladenschlußzeiten wird weitergehen. Minister Schüssel hat schon angekündigt, daß es weitere Diskussionen über die Ladenschlußzeiten geben wird.

Daher:

- * Hände weg vom Ladenschluss
- * Raus aus der Sozialpartnerschaft
- * Keine weitere Verschlechterung
- * Für eine kämpferische Gewerkschaft!

Michael Bonvalot SJ 5

BRASILILIEN

Bei den 1. direkten Präsidentschaftswahlen in Brasilien seit 29 Jahren zeigte sich einmal mehr, wie groß die Wahlfreiheit wirklich ist, wenn es für die Kapitalisten eng wird.

Die Radiosender und Fernsehstationen intervenierten vor der Wahl eindeutig zugunsten des Kandidaten der Bürgerlichen, Collors. Der linke Kandidat Luis Ignacio de Silva, genannt "Lula", ein ehemaliger Landarbeiter, der sich zum Gewerkschaftschef emporarbeitete, wurde in den Medien als Analphabet und Dummkopf, der nie eine Schule besucht hat, diskreditiert. Die Mutter von Lulas unehelichem Kind erzählte für 200.000 Cruzeiros über die Unfähigkeit und Charakterlosigkeit des linken Präsidentschaftskandidaten. Drei Wochen wurden die Brasilianer jeden Fernsehabend über angebliche Schmiergelder für die PT (Arbeiterpartei), der Lula angehört, informiert. Als die PT diese infame Unterstellung widerlegte, hörte man darüber in den Medien reichlich wenig.

Es darf uns nicht wundern, daß die Kapitalisten Brasiliens so offensiv und konsequent gegen Lula vorgingen. Denn sein Wahlprogramm enthielt Verstaatlichung, Landreform, den Stopp der Schuldenrückzahlungen und eine massive Einkommensumverteilung zugunsten der Armen.

Die Medien, die vollständig in den Händen des Kapitals sind,

waren maßgeblich an falschen Informationen und Unterstellungen schuld. Die, der PT nahestehende, Gewerkschaft CUT hat bei 2500 (!) bereits existierenden Radiosendern in Brasilien keine Genehmigung für einen eigenen Radiosender erhalten.

Die wohl provokanteste Methode, das Volk an seiner Entscheidung zu hindern, war, daß private Busunternehmen in den PT-Hochburgen den Verkehr am Wahltag einstellen und damit viele Wähler von ihrem Urnengang abhielten.

All diese Fakten beweisen eindeutig, wie "demokratisch" die Kapitalisten handeln, wenn ihre eigenen Machtpositionen und Privilegien auch nur drohen, ins Wanken gebracht zu werden. Das brasilianische Volk kann diese Wahlmanipulation nicht akzeptieren, da sich seine Lebenssituation unter einer konservativen Regierung weiter verschlechtern wird. Der Erfolg der Arbeiterpartei in Brasilien zeigt die Radikalität der unterdrückten Arbeiter!

David Mum SJ 23



Für eine starke sozialistische Arbeiterpresse Unterstützt VORWÄRTS

Der Streik

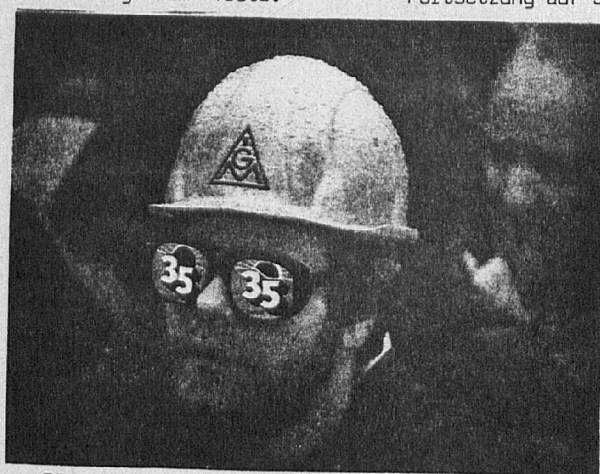
Eine Woche Streik im Steyr Daimler Puch-Werk bedeuten einen wichtigen Erfolg für eine aktive Gewerkschaft. Die Streikforderungen konnten im wesentlichen gegen den Widerstand des CA- und SDP-Vorstandes durchgesetzt werden.

Am Freitag, 19.1., wurde die neue Kündigungsliste im SDP-Werk in Steyr bekannt. Neu daran war, daß auch hohe SPÖ-Funktionäre, Gemeinde- und Betriebsräte neben Invaliden und Facharbeitern betroffen waren. Die Gewerkschaft reagierte auf die Stimmung unter den Arbeitern. Für den folgenden Montag wurde ein unbefristeter, punktueller Streik ausgerufen. An wichtigen Punkten in der Produktion führte der Streik zum Stopp der Produktion bis Freitag, 26.1. Nicht nur die SDP war vom Streik betroffen, auch die Steyr Nutzfahrzeuge AG. Der deutsche Multi MAN kaufte 60% der Produktionsanlagen der SDP Steyr mit nur 40% der Beschäftigten. Der CA Vorstand verschleuderte das Unternehmen, der Gewinner ist MAN. Im Restwerk arbeiten aber 60% der Arbeiter, deshalb ist klar, daß die SDP neue Kündigungen durchführen wird. Das Streikkomitee, dem neben der

SP-Mehrheit auch ein GLB- Betriebsrat angehörte, forderte einen 4- Punkte- Katalog: Rücknahme aller Kündigungen, die Erhaltung des Werkzeugbaus, einen Investitionsplan für das SDP- Werk und die Produktion des Bootsmotors M-1 im Werk Steyr. Bis Freitag streikten mehr als 50% der Belegschaft, dadurch kam auch die Produktion im MAN Betrieb zum Erliegen. Die Unterstützung der Beschäftigten für den Streik war ungebrochen, aus Solidarität verblieben alle Arbeiter an den stillstehenden Maschinen, allen Drohungen der Unternehmensleitung zum Trotz.

Freitag abends einigten sich die Gewerkschaftsführung und der CA Vorstand auf folgendes Ergebnis: Zurücknahme der Kündigungsliste, Erstellung eines Sozialplans, dem Aufsichtsrat soll bereits im März ein 700-Millionen-Investitionsplan für den Standort Steyr vorgelegt werden, jedoch die Produktion des Motors soll nach St. Valentin verlegt werden. Obwohl die Arbeiter des SDP Werkes einen wichtigen Streikerfolg erkämpft haben, ist die jahrelange Kompromißpolitik der SPÖ-Mehrheit im ÖGB zu verurteilen.

Fortsetzung auf Seite 10



IG-Metall in der BRD: jahrelanger Kampf für Arbeitszeitverkürzung und gegen Privatisierung

Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ☐



Name

Anschrift

Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- ÖS ☐

10 Ausgaben zu 100,- ÖS ☐

ein VORWÄRTS-Förderabo
zu ÖS ... beziehen ☐
(ab 100,-ÖS)

Auslandsabo(5 Ausgaben:80.-) ☐

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenz-
ackerstraße 19/9/4, 1100 Wien